

Positionspapier der LandkreisSPD und der SPD-Kreistagsfraktion
zum Klimaschutz und zur Energieversorgung:
100% Erneuerbare Energien für den Landkreis Würzburg bis 2040

Nach den von der Bundesregierung am 12.05.21 beschlossenen verschärften Zielen des Klimaschutzgesetzes soll Deutschland bis 2045 klimaneutral werden. Das bedeutet die Umstellung der Energieversorgung von fossilen und Kernbrennstoffen auf erneuerbare Energien soll forciert werden. Der Landkreis Würzburg hat mit seinem Energiekonzept 2012 einen ersten und wichtigen Schritt in diese Richtung unternommen.

Jetzt wo die Bundesregierung, aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes, ihre Klimaschutzziele für die Zeit ab 2030 konkretisiert hat und die Klimaneutralität fünf Jahre früher erreichen will, ist es der richtige Zeitpunkt dass auch der Landkreis Würzburg sein Energiekonzept fortschreibt.

Deshalb schlägt die LandkreisSPD für diese Fortschreibung als Ziel vor, dass der Landkreis Würzburg in seinem eigenen Wirkungskreis, sowie auch in den kreisangehörigen Kommunen bis zum Jahr 2040 zu 100% aus erneuerbaren Energien versorgt werden. Der Vorschlag sieht vor, dass der Landkreis für die kreisangehörigen Kommunen zentrale Aufgaben übernimmt, wie z. B. Koordinations-, Steuerungs- und Managementfunktionen. Für die Wahrnehmung dieser zentralen Aufgaben stellt sich die Frage neu zur Schaffung der Position eines Klimaschutzmanagers*in im Landratsamt.

Die wesentlichen Sektoren für den Einsatz der Erneuerbaren Energien sind Strom, Wärme und die Mobilität. Für diese Sektoren soll zunächst eine Bestandsaufnahme mit einer Energie- und CO₂-Bilanz erstellt werden, wo auch der bisherige Nutzungsgrad Erneuerbarer Energien berücksichtigt ist. Darauf aufbauend soll eine Potentialanalyse für die Bereiche Energieeinsparung/Energieeffizienz, private Haushalte, kommunale Liegenschaften, Gewerbe/Handwerk/Industrie, Dienstleistungen und Mobilität/Verkehr vorgenommen werden. Und es sollen die Potentiale zum Ausbau der Nutzung von Biomasse, Geothermie, Sonne (Photovoltaik und Solarthermie), Wasser- und Windkraft ausgelotet werden. Daraus können dann konkrete Handlungsempfehlungen und Prioritäten für eine Zeitachse bis 2040 abgeleitet werden.

Von zentraler Bedeutung, insbesondere um die Akzeptanz der Bevölkerung vor Ort zu erreichen, erscheinen uns Sozialdemokraten in diesem Prozess folgende Überlegungen bzw. Beteiligungen:

- Es bedarf von Beginn an eines transparenten Konzeptes zur Öffentlichkeitsarbeit und zur Bürgerbeteiligung.
- Die soziale Dimension und ihre Auswirkungen bedürfen während des gesamten Prozesses einer besonderen Beachtung. Für einkommensschwache Haushalte, muss dies z. B. durch günstige ÖPNV-Tarife und kostenlose Beratung zur Energieeinsparung und zur Energieeffizienz sichtbar werden.
- Es sollen Möglichkeiten zur Teilhabe eröffnet werden wie z. B. durch eine niedrigschwellige Bürger-Energiegenossenschaft.
- Regionale Expertise des Handwerks, von Ingenieurgesellschaften, von Banken, des Kommunalunternehmens, der Landwirte und Waldbesitzer einbeziehen.
- Eine wissenschaftliche Begleitung dieses Prozesses wird angeraten. In Würzburg bieten sich mit der Uni, der FH und dem ZAE auch hierfür regionale Partner an.

- Es gilt ein konsequentes Monitoring- und Controlling-Konzept zu etablieren. Einen großen Vorteil sehen wir Sozialdemokraten durch dieses Konzept in der verbleibenden Wertschöpfung hier in der Region. Resultieren wird diese Wertschöpfung hauptsächlich aus Arbeitsplatzeffekten, Nettoeinkommen von Beschäftigten, Investitionen, laufende Umsätze aus Betrieb, Wartung und Instandhaltung, Gewerbesteuer, Anteil an der Einkommensteuer, und Gewinne nach Steuern.

Beispielsweise im Kreis Steinfurt, NRW existiert ein solches Konzept wie es die SPD jetzt für den Landkreis Würzburg vorschlägt. Dort lag nach Angaben des Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung schon im Jahr 2011 ein regionaler Wertschöpfungseffekt von 46,2 Mio. € und ein Beschäftigungseffekt von 834 Vollzeitbeschäftigten ausschließlich durch die Nutzung Erneuerbarer Energien vor. Auch andere Landkreise in verschiedenen Bundesländern haben sich dieser Aufgabe bereits erfolgreich angenommen.

Außerdem verweisen wir Sozialdemokraten auf die am 28.04.21 veröffentlichte gemeinsame Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und der Technischen Universität Berlin. Demnach ist in Deutschland die Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien gut machbar. Empfohlen wird in der Studie eine besondere Berücksichtigung von Dezentralität und räumlicher Verbrauchsnähe, sowie eine stärkere Beteiligung und finanzielle Teilhabe der Bürger*innen. Die Stärkung des dezentralen Ansatzes führe außerdem mittel- und langfristig zu geringeren Netzausbaukosten und zu weniger Strom- und Wasserstoffimporten.

Der Landkreis Würzburg sollte nach Vorstellung der SPD in Sachen Erneuerbare Energien zum Treiber werden und so vermeiden in wenigen Jahren Getriebener zu sein!